

# Arbeiter-Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungshändlern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationalen  
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

**Ortsgruppen!**  
Habt ihr schon Vorbereitungen zum  
**Kampfkongress**  
gegen Faschismus  
getroffen?

6. Jahrgang  
Dresden, Sonnabend den 20. Dezember 1930  
Nummer 29

## 1,3 Millionen Gewerkschafter brotlos!

Das ist das Ergebnis der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaftsführer / Nur KPD und RSD kämpften für Arbeit und Brot / Am 24. Dezember heraus zu Hungermärschen in ganz Sachsen

Nach den Berechnungen des ADGB ist die Zahl der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder im Monat November auf 26,3 Prozent gestiegen. Das bedeutet, daß von den 5 Millionen Mitgliedern der freien Gewerkschaften über 1,3 Millionen arbeitslos sind. Außerdem arbeiteten etwa 700.000 Mitglieder der freien Gewerkschaften vertriebt.

Trotz dieser ungeheuren Erwerbslosigkeit rühren die sozial-fachlichen Gewerkschaftsführer keinen Finger, um die ungeheure Not der Erwerbslosen zu lindern.

Im Gegenteil! Überall, wo die KPD Anträge auf Gewährung einer Winterbeihilfe an Erwerbslose beantragt, sei es im Reichstag, im Landtag oder in den Gemeinden, waren es die Sozialdemokraten, waren es die Gewerkschaftsführer, die gegen die Beihilfen getrimmt haben.

Wir enthalten bereits die Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen des ADGB mit den Vertretern der Regierung und den Industriellen. Schon am 3. Juni fand die erste Sitzung bei Steigerwald statt. Die „Frankfurter Tagespost“ feiert jetzt schon den „Burgfrieden“ als einen bedeutenden „Gewinn“. Die „Dresdener Volkszeitung“ schweigt immer noch über den neuesten Streik der ADGB-Führer gegen die Arbeiter.

Durch diese Burgfriedenspolitik mit den Industriellen verbunden, gehen die Gewerkschaftsführer mit ihnen durch die und hina. Jeder Lohnabbau, jede Kürzung der Unterhaltungen und

jede Erhöhung der Wucherzölle und Steuern gegen die Werktätigen, alles haben die reformistischen Führer mitgemacht. Um des Burgfriedens, um der Profite der Ausbeuter willen, liefern sie die Arbeiter und die Erwerbslosen dem bittersten Elend aus.

Allein die Kommunistische Partei vertritt die Befange der Arbeitslosen. Allein die KPD hat sich überall für die Arbeitslosen eingesetzt. Unter ihrer Führung müssen alle Erwerbslosen den Kampf um die sofortige Gewährung von ausreichenden Winterbeihilfen aufnehmen.

Die Kommunistische Partei und die RSD rufen die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter auf: Organisiert am 24. Dezember überall Hungerdemonstrationen! Heraus auf die Straße!

### Erhebliche Steigerung der Wohlfahrtsverwerbslosen

Nach der Statistik des Reichsstatistikbundes sind die Ausgaben der Städte für die Krisenfürsorge um 47,6 Prozent höher als im Voranschlag vorgesehen war. Bereits im Winter 1929/30 wurden die Voranschläge der Fürsorgeämter der Städte durch die beträchtliche Steigerung der Wohlfahrtsverwerbslosen um 17 Prozent überschritten. In diesem Jahre, so erklärt die Sta-

tistik, ist mit einer weiteren Steigerung der Wohlfahrtsverwerbslosen zu rechnen.

### Erfolg der Erwerbslosendemonstration

Freiburg. Die Stadtverordneten haben unter dem Druck der immer härter ausmachenden Erwerbslosendemonstrationen am Mittwoch und Donnerstag außerordentlich Sitzungen abgehalten. Es wurde beschlossen, den vertriebenen Erwerbslosen 10 Mark, für jedes Kind 2 Mark und für ledige 5 Mark zu bewilligen. Der Zweck dieses Beschlusses ist, die Erwerbslosen mit einigen Hungerpennungen zu „beruhigen“. Aber die Fische sind längst durchgefressen. Es wird weiter demonstriert und am 21. Dezember wird angetreten zum Hungermarsch, Mann für Mann.

### Retter der Schiedsregierung und ihre Verleumdungskampagne

R. Kerner, Dresden

Eine entscheidende Tatsache ist von unserer Presse in den letzten Tagen nicht genügend gewertet und den Massen der sächsischen Arbeiter zur Kenntnis gebracht worden: Die prinzipielle und entscheidend politische Bedeutung der Abstimmung der „linken“ Sozialdemokraten über die Rückverweisung der Notverordnung der Schiedsregierung an den Reichsausschuss. Nach außen hin steht diese Rückverweisung so aus, als handele es sich um einen üblichen parlamentarischen Vorgang. In Wirklichkeit ging es aber darum, die Notverordnung außer Kraft zu setzen und damit — wenigstens bis auf weiteres — die Steuererhöhung zu verhindern. Die Notverordnung wird von der Regierung nicht zurückgezogen, weil sie mit der zweiten Verordnungsbrüning nicht in Übereinstimmung steht. Würde jetzt im Landtag die sofortige Aufhebung beschlossen, dann bedeutet das neben der Unwirksamkeit der Steuererhöhung, der Rückverweisung der Regierung Schieds. Die kommunistische Fraktion beantragte deswegen einstimmig die Abstimmung und wandte sich gegen die Verweisung an den Ausschuss. Für diese Forderung stimmten die Nationalsozialisten, die Wirtschaftspartei und die KPD dazu, die Vertreter einiger kleinerer Parteien.

Die Entschcheidung darüber, ob die Notverordnung jetzt weiter aufrecht erhalten werden und bis zur Erledigung der Beratung der Steuererhöhung im Februar oder gar März bestehen bleibt, lag ausschließlich bei der SPD. Hätte die SPD die Rückverweisung abgelehnt und für sofortige Aufhebung gestimmt, dann würde die Verordnung aufgehoben, erhielt nicht die gefürchtete Diktatur offener Erlasse.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmte aber der Verweisung an den Ausschuss zu.

Damit vollführte die sächsische sozialdemokratische Landtagsfraktion dieselbe arbeitervendliche Maßnahme, wie die SPD-Reichstagsfraktion. Sie half, die Auspöcherungsnotverordnung aufrecht zu erhalten. Die Böchel, Liebmann und Konsorten, die sich mit radikalem Geschwätz gegen die Reichstagsfraktion wandten, zeigten sich hier in der Praxis als die gleichen Heiler des Faschismus wie die Müller, Weis und Seering. Das ist der Sinn und die Bedeutung der Abstimmung vom Dienstag dem 18. 12. Diese Haltung der „linken“ sächsischen SPD-Führer reißt sich würdig an die Haltung der Reichstagsfraktion an. Böchel, Liebmann, Edel, Arndt und die anderen halfen die Diktatur der Wirtschaftspartei aufrecht zu erhalten. Sie gaben damit den Faschisten die Möglichkeit billiger Agitationsvorhaben, indem diese dadurch gegen die Verordnung stimmen konnten. Die Sozialdemokraten retteten mit ihrer Haltung die reaktionäre Schiedsregierung. Das müßten die Arbeiter beachten! Wo ist da noch der Unterschied zu Hermann Müller?

## Ungeheuerliches Klassenurteil

### 42 Bernsgrüner Arbeiter wurden zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt

Zwickau, 20. Dezember.

Nach 15 Tagen Verhandlung vor dem Gemeinsamen Schöffengericht in Zwickau wurde gestern abend das Urteil gegen 54 Arbeiter, die seinerzeit den Kugelüberfall auf Bernsgrün abwehrten, gesprochen. 42 Arbeiter wurden wegen „Landfriedensbruchs“ zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Türschmann (Hae) erhielt 1 Jahr 5 Monate, Seibel (Hae) 1 Jahr 3 Monate, je 1 Jahr erhielten die Arbeiter Bleichschmidt, Richter, Weisert, Weißhofs, Kimmel und Schmidt. Drei Berufurteile erhielten Bemühungsfest. Die Untersuchungsgefängnis wurde bis zu 2 Monaten entgegen dem Antrag des Staatsanwalts angesetzt.

Dieses ungeheuerliche Urteil zeigt die faschistische Frage der Klassenjustiz, die jeden Widerstand der Arbeiter gegen die faschistische Nordpolizei brechen will. Das Urteil, sowie die Anträge des Stahlhelm-Staatsanwalts wurden mit ungeheurer Empörung der Arbeiter aufgenommen. Näheres in unserer Montagsausgabe.

Himmel am 24. 12. 1930 verboten. Fried begründet diese Maßnahme damit, daß die kommunistischen Organisationen in Wort und Schrift zur Abhaltung von Demonstrationen am 24. 12. 1930 aufgefordert haben. Zum Teil seien die Demonstrationen als Hungermärsche angekündigt.

### Verhängung des Generalstreiks

Wabrig, 20. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Die faschistische Regierung hat zur Unterdrückung des Aufstandes in Heide Truppen der Fremdenlegionen entsandt. Weil sie mit dem Zug nicht weiterkommen, kürzten die Fremdenlegionen auf verschiedenen Wegen in die Stadt, stellten Volkswachposten auf und begannen die Straßen und Häuser wahllos zu beschleichen. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Es sollen Hunderte sein. Auf Grund dieser Vorfälle hat sich die Generalstreikbewegung außerordentlich verschärft.

### Fried in Geberinas Spuren

Weimar, 20. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Das Nazi-Ministerium Fried hat durch Polizeiverordnung vom 19. 12. 1930 alle öffentlichen Versammlungen unter freier

### Metal-Verhandlungen gescheitert

Die am Freitag stattgefundenen Verhandlungen über den neuen Lohnsatz der Metallarbeiter Sachsens vor dem Schiedsgericht sind gescheitert. Am Montag teilt die Schlichterkammer zusammen, um den Schiedspruch zu fällen.

# „Die Reichswehr gehört an die Spitze“

### Das Börsenblatt ruft zum Staatsstreik

Unter der Überschrift „Scheidungen der Geister“ gibt die „Berliner Börsen-Zeitung“ vom Donnerstag mit dankenswerter Offenheit das Stichwort zum Staatsstreik, zur Errichtung der extremen faschistischen Diktatur. Sie schreibt:

„Die Stunde der Entscheidung naht heran. Schon ist das System der Rechtsregierung in die Verteidigung gedrängt, sucht jeller Opportunismus hier und da den Mantel nach dem Winde zu hängen.“

Mit dem letzten Satz sind die „Republikaner“, die Kreise um das Reichsbanner und die SPD gemeint. Dann sagt das Blatt: „Es ist die Schicksalsfrage für die Regierung Brüning, ob sie den herablassenden Statomagen nur für wenige Monate aufhalten oder bergauf schieben wird. Tut sie dies nicht, versucht sie noch lange das Doppelspiel des Zentrums im Reich und in Preußen, läßt sie sich von der nationalen Opposition nur drängen, anstatt wahrhaft zu führen, so wird das Rad der Geschichte in kurzer Zeit über sie hinweggehen.“

Deutlicher kann wohl kaum angekündigt werden, daß die Regierung Brüning alle Wünsche des Faschismus erfüllen muß oder davonpassiert wird. Die Messer werden schon geschärft:

„Erkennt die nationale Bewegung ihre historische Aufgabe, so ist sie eine unüberwindliche Kraft. Wird sie eine große Gemeinschaft zu gleichem Ziel, so wird sie folgen, damit an Ehre und Schmach auslöschen, was der 9. November schuf.“

Zum Staatsstreik gehört die Reichswehr. Daher:

„An die Spitze dieser Bewegung gehört die Reichswehr. Mühe sie jahrelang bei schließendem Nationalbewußtsein ihrer Zeit in Gehul und stiller Arbeit harrten, heute geht ein Erwachen durch das ganze Volk, das den Träger der Tradition des alten preußisch-deutschen Heeres nicht nur sympathisierend, sondern auch treibend neben sich sehen will. Nur mit den Soldaten (!) können sich Männer durchsetzen, die auf nationaler und sozialer Grundlage den Schutz in Staat, Schule und Wirtschaft wegräumen, den eine krankhafte Ideologie, sozialistischer Wahn und westlicher Nachahmungstrieb schufen.“

Das ist deutlich. Zweifellos ist dieser Artikel von Kreisen inspiriert, die gemocht sind nicht nur Artikel zu schreiben. Während Herr Otto Braun sich im Rundfunk über die Frage äußert, ob die Demokratie wirklich schon „erschüttert“ ist, werden hier Staatsstreikpläne erörtert, die zum Verbot jedes kommunistischen Vortrags führen würden, wenn sie auch nur in ähnlicher Form dort zum Ausdruck kämen. Trotzdem ist natürlich für Herrn Braun die Demokratie noch immer nicht erschüttert. Er wird diese Frage auch noch verneinen, wenn der zweite „Kapp“ durchs Brandburger Tor marschiert. Die Arbeiter aber werden sich nicht damit begnügen, nur die Rebellen zu schlagen sondern auch deren Wegbereiter.

Das immer offener werdende Abwenden auf den Boden der verkappten Faschisten Müller, Seering, Geysselski und Genossen verlocken die KPD und deren Vertreter zu verlocken. Wie ich schon sagte, die KPD und deren Vertreter zu verlocken. Wie ich schon sagte, die KPD und deren Vertreter zu verlocken. Wie ich schon sagte, die KPD und deren Vertreter zu verlocken.

Wir sind bisher wenig auf diese Erzählungen eingegangen, sie erbeuten jeder Grundlage. Wir stellen im Gegenteil zu den sozialdemokratischen Erzählungen fest: Die sächsische Parteiführung ist absolut einseitlich. Es gibt in ihr keine politischen oder sonstigen Differenzen. Auch spielt sich hinter den Kulissen kein stiller Kampf ab, wer der „Erite“ sein will. Bei der KPD-Führung in Sachsen gibt es ein absolut kollektives Zusammenarbeiten. Die KPD mobilisiert ihre Kräfte um die breite Einheitsfront aller Arbeitenden gegen den Faschismus zu schaffen. Diese Bemühungen werden auch von den sozialdemokratischen Arbeitern in immer größerem Maße erkannt und als Notwendigkeit begrüßt.

Wir würden es auch heute ablehnen, in längeren Ausführungen auf die althernen Verleumdungen einzugehen, wenn nicht die sozialdemokratische Presse eine verlogene allen Tatsachen mißsprechende Berichterstattung aus der Landtagsprüfung vom